

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Tendenzen des europäischen Preisniveaus

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Tendenzen des europäischen Preisniveaus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 11, pp. 466-474

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133256>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Tendenzen des europäischen Preisniveaus

## BUNDESREPUBLIK:

### Phasenverschiebung zwischen Konjunktur- und Preisanstieg

O bwohl der 1959 begonnene Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik bereits Mitte des Jahres 1961 beendet war, hat sich der Anstieg des Preisniveaus bis Mitte 1962 fortgesetzt. Seitdem ist die Preisbewegung insgesamt erheblich ruhiger geworden, wenn auch nicht zum Stillstand gekommen. Die Tatsache, daß der Preisanstieg den Boom lange überdauert hat, mag manchen Vorstellungen über den Zusammenhang von Konjunktur- und Preisbewegung widersprechen. In Wirklichkeit ist sie in keiner Hinsicht überraschend, wie sich bei näherer Prüfung der Zusammenhänge ergibt.

#### *Nahrungsmittelpreise und ihre Einflüsse*

Die größten Preissteigerungen betrafen die Nahrungsmittel. Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte waren im 1. Quartal um 7,3% und im 2. Quartal um 8,4% höher als ein Jahr vorher. Die Ursachen waren nicht konjunktureller Art, sie waren vielmehr in der relativ schlechten Ernte des vergangenen Jahres und den extrem ungünstigen Witterungsbedingungen dieses Frühjahrs zu suchen. Mit dem Eintritt günstiger Bedingungen sind diese Preise allein von Juli bis September wieder um 6% zurückgegangen, so daß sie in dem letztgenannten Monat nicht mehr höher waren als vor einem Jahr.

Die Verteuerung der Agrarprodukte hat zwangsläufig erheblichen Einfluß auf die Lebenshaltungskosten gehabt, in deren Preisindex Nahrungsmittel ein „Gewicht“ von fast 40% besitzen. Im 2. Quartal übertrafen die Lebenshaltungskosten ihren Vorjahresstand um 4,3%; das hat wahrscheinlich mehr als alles andere die Vorstellungen der Öffentlich-

keit vom Ausmaß des Preisauftriebs bestimmt. Das Sinken dieses Preisindex unter dem Einfluß der sich normalisierenden Ernährungspreise kann daher auch günstige Auswirkungen auf das Klima z. B. bei Lohnverhandlungen haben.

Allein den Ernährungspreisen war der Anstieg der Lebenshaltungskosten allerdings nicht zuzuschreiben. Vielmehr sind besonders auch die Dienstleistungspreise und — weniger ausgeprägt — die Konsumgüterpreise geklettert. Bei der Verteuerung der Dienstleistungen handelt es sich um ein Phänomen, das man angesichts des herrschenden hohen — quasi strukturellen — Beschäftigungsgrades und des allein schon daraus resultierenden ständigen Lohnanstiegs kaum noch als konjunkturell verursacht bezeichnen kann. Es ist dafür bezeichnend, daß diese Verteuerungen auch in konjunkturell gedämpfteren Jahren der Vergangenheit relativ groß waren.

#### *„Konjunkturell interessante“ Preise*

Im eigentlichen Sinne „konjunkturell interessanten“ Preistendenzen kommt man erst auf die Spur, wenn es um die Entwicklung der Industriewaren- und der Baupreise geht. Was die Industriepreise betrifft, so ist das Beobachtungsergebnis auf den ersten Blick verblüffend: der Index der industriellen Erzeugerpreise überstieg im bisherigen Verlauf dieses Jahres den Vorjahresstand nie um mehr als 1 bis 1½%. Also viel Lärm um nichts? Die Antwort auf die Preissorgen kann nur der Blick hinter die Kulissen dieses Gesamtindex geben.

Er ist ein Konglomerat aus Preisen von Grundstoffen, Energie, Halbwaren und Fertigwaren. Das heißt, daß letztlich die Preise der Vorprodukte und der — teilweise

daraus hergestellten — Endprodukte „addiert“ werden, was den Aussagewert des Index erheblich beeinträchtigt. Im 3. Quartal z. B. waren die Preise für Energie und für Grundstoffe — wobei sich u. a. die Tatsache auswirkte, daß importierte Roh- und Brennstoffe billiger als vor einem Jahr waren — je etwas niedriger als im Herbst 1961. Die Fertigwarenpreise dagegen waren für Investitionsgüter um 4,4%, für Verbrauchsgüter (einschl. dauerhafte Gebrauchsgüter, ohne Nahrungsmittel und Genussmittel) um 2,6% höher. Im 2. Quartal waren die Preissteigerungen dieser beiden Kategorien mit 5,3% und 2,9% sogar noch größer gewesen, während sich jetzt allmählich der annähernde Preisstillstand seit Mitte des Jahres auswirkt. Gerade die Fertigwarenpreise aber sind entscheidend wichtig für die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, besteht doch unser Export zu vier Fünfteln aus industriellen Fertigwaren.

#### *Kostenauftrieb oder Übernachfrage?*

Zwei Ursachengruppen kommen für die Erklärung von Preissteigerungen in Frage, nämlich Kostenauftrieb und Übernachfrage. Gerade im ersten Halbjahr, als die Preissteigerungen in der Industrie relativ groß waren — für Investitionsgüter z. B. von Januar bis Mai 2,4%, d. h. in einer „Jahresrate“ von über 7% —, konnte von einer Übernachfrage in diesem Bereich gewiß nicht die Rede sein. Denn die Produktion stieg gegenüber dem Vorjahr nur um 3,2%, d. h. die von den Ressourcen her gegebenen Steigerungsmöglichkeiten wurden nicht einmal voll ausgenutzt. Das würde zwar partielle Übernachfrageerscheinungen nicht ausschließen, die nach aller Erfahrung auch erheblichen Einfluß auf die gesamte Preistendenz haben können. Doch auch für partielle Übersteigerungen gab es in der

verarbeitenden Industrie keine Anzeichen oder doch so gut wie keine. Seit Mitte des Jahres hat sich dagegen das Wachstum der Produktion wieder vergrößert (im 3. Quartal betrug es wieder über 5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum), und gerade in dieser Zeit sind die Preise auch für Fertigwaren fast unverändert geblieben.

#### **Diskrepanzen zwischen Löhnen und Produktivität**

Versagt hier also die „demand-pull“-Theorie, so überzeugt die These vom Kostenanstieg („cost push“) um so mehr. In der Tat herrschte im bisherigen Verlauf dieses Jahres eine starke Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Löhnen und Produktivität. Während die Bruttoverdienste der Industriearbeiter je geleistete Stunde im 1. und 2. Quartal und im Juli/August jeweils um gut 13% höher waren als vor einem Jahr, stieg die Produktion je geleistete Arbeitsstunde in den gleichen Zeitabschnitten nur um 5,3 bzw. 7,3 bzw. 8,7%. Die Steigerung der Lohnkosten je Produkteinheit hat sich also in letzter Zeit verringert — was angesichts der schwierigen Überwälzbarkeit von Kostensteigerungen eine Erklärung für den abflauenden Preisauftrieb in der Industrie sein könnte —, ist aber noch nicht beendet. Daher bleibt die Preissituation einstweilen auch labil.

#### **Baumarkt Beispiel für Übernachfrage**

Einen Bereich eindeutiger Übernachfrage gibt es auch heute noch: den Baumarkt, zumindest den Hochbau. Hier sind die Preise in den ersten drei Quartalen um 8,7% gestiegen. Auch im Straßenbau waren die Preissteigerungen mit fast 8% kaum niedriger, obwohl stets bestritten wird, daß in diesem Sektor Übernachfrage herrsche. Gerade der geringe Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten des Straßenbaus läßt allerdings den Hinweis auf Kostenerhöhungen als wenig stichhaltig erscheinen. Im übrigen gilt für das Baugewerbe zweifellos, daß der Sog der Übernachfrage den Kostenanstieg begünstigt hat. Man braucht vielfach nicht so scharf zu kalkulieren und ist daher zu kosten erhöhten Zugeständnissen bereit.

#### **Verschiedene Ursachen erfordern differenzierte Maßnahmen**

Die Preissteigerungen, die in diesem Jahr in der Bundesrepublik eingetreten sind, lassen sich also mit einer ganzen Skala verschiedener Ursachen erklären. Schlechte Ernten (und eine wenig verbraucherfreundliche Einfuhrpolitik auf dem Agrargebiet) bei den Nahrungsmitteln, Kostendruck in der Industrie, Nachfragesog im Baugewerbe — das sind die jeweiligen Hauptursachen. Sie erfordern daher auch differenzierte wirtschaftspolitische Maßnahmen, wenn man sie bekämpfen will.

Es fängt an bei der Agrarpolitik, wo die Bundesregierung es nicht versäumt hat, den EWG-Marktordnungen den Stempel ihrer Politik des „Laßt den Verbraucher die Zeche zahlen“ aufzuprägen. Hier wird man sich also weiterhin auf die „selbsteilenden Kräfte“ in Gestalt besserer Ernten verlassen müssen, die sich ja bereits ausgewirkt haben. Es geht über zur Bekämpfung des Kostenauftriebs, dessen die Regierung durch eine dämpfende Fiskalpolitik Herr zu werden hofft. Wahrscheinlich gefährdet sie damit jedoch den Produktions- und damit Produktivitätsanstieg mehr, als daß sie die Sozialpartner zur Vernunft zwingen könnte. Und schließlich sind — endlich — Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage auf dem Baumarkt ergriffen, deren Wirksamkeit allerdings auf sich warten lassen wird, da der Bauüberhang (begonnene, aber nicht fertiggestellte Bauten) im Hochbau größer denn je ist. Gegenwärtig sind die wirtschaftspolitischen Eingriffsmöglichkeiten also recht begrenzt. Man hat einfach zu lange gewartet, so daß jetzt nicht viel mehr übrigbleibt, als die Folgen des Booms „auslaufen“ zu lassen. Wie die jüngste Preisentwicklung zeigt, scheint die Hoffnung auf ein baldiges Abklingen der unangenehmen Nachwirkungen des letzten Aufschwungs nicht unbeeinträchtigt (H. J. Sch.)

## **Tradition und Erfahrung,**

Auslandsvertretungen in  
Beirut, Buenos Aires,  
Johannesburg, Kairo,  
Kapstadt, Madrid,  
Rio de Janeiro,  
Tokio und Windhoek

fachliches Können und weltweite Verbindungen bilden die Grundlagen unserer Arbeit. Auf ihnen baut sich unser vielfältiger Kundendienst auf. Seine Vorteile sollten auch Sie sich zunutze machen.

# **COMMERZBANK**

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Hauptverwaltungen in  
DUSSELDORF · FRANKFURT A. M. · HAMBURG  
Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

## ITALIEN: An der Schwelle zur Inflation?

„Die Preise steigen“, klagen die italienischen Hausfrauen, wenn sie vom Markt nach Hause kommen; „das Obst wird unerschwinglich, Fleisch kann man sich schon bald nicht mehr leisten“. „Wie alles teuer wird“, stellen resigniert die Angestellten und Rentner fest, wenn sie für eine Mahlzeit heute einige hundert Lire mehr als vor einem Jahr ausgeben müssen. Es ist das alte wohlbekannte Lied, das alle Leute mit kleinem Einkommen singen; denn sie sind die ersten Leidtragenden einer jeden Geldentwertung.

### *Aushöhlung der Binnenkaufkraft*

Es läßt sich nicht leugnen: die schleichende Inflation zehrt an der Lira. Am Dollar- und Goldkurs gemessen beträgt die Wertminderung in den letzten Jahren zwar nur etwa 1%. Damit ist aber nichts über die Aushöhlung ihrer Kaufkraft auf dem Binnenmarkt ausgesagt. So sind die Großhandelspreise trotz Rückgangs der Weltmarktpreise von Juli 1961 bis März 1962 um nicht ganz 3% gestiegen (die Erzeugerpreise für die landwirtschaftlichen Produkte sogar um 9,8%, die der Industrie um 1%). Die Preisschere zeigt, daß die Entwicklung der Großhandelspreise mehr als durch den internationalen Preistrend durch die Inlandspreissituation beeinflusst wird.

### *Massiver Anstieg der Einzelhandelspreise*

In der Tat sind die Einzelhandelspreise der Konsumgüter im Zwölfmonatsvergleich März 1961—1962 erheblich aufgeschlagen, nämlich um beinahe 4%: vor allem die Preise für Dienstleistungen (um 4,7%) und auf dem Wohnungsmarkt (um 9,4%). Entsprechend hat der Index der Lebenshaltungskosten um 5 Punkte zugenommen.

Für den massiven Anstieg der Einzelhandelspreise werden verschiedene Gründe angeführt: soweit es sich um Agrarprodukte handelt, haben die ungünstigen

Witterungsverhältnisse zu einer unzureichenden Versorgung mit einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse (vor allem bei den „ortofrutticoli“) und damit zu Preisspannungen in den betroffenen Sparten geführt. Die EWG-Agrarverordnungen tun ein übriges: sind doch Einfuhrregulierungen, wie beispielsweise bei Rindfleisch und Butter, in Form von Mindesteinschleusungspreisen sowie das Kontingentierungssystem bei der Schweineeinfuhr nicht dazu angeht, Preisauftriebskräfte wirksam zu dämpfen.

### *Lohnwellen bei gleitender Lohnskala*

Einen entscheidenden Einfluß dürften aber vor allem die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt ausgeübt haben, der seit einiger Zeit Schauplatz einer Lohnwelle ist. Im letzten Jahr ist das Bruttoeinkommen allein der Industriearbeiter insgesamt um über 6% gestiegen. Die Zunahme ist einerseits auf die Erfolge der gewerkschaftlichen Bemühungen zugunsten eines höheren Lohnniveaus, zum anderen aber auch auf die in den Tarifverträgen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft vorgesehene gleitende Lohnskala zurückzuführen.

Vom „Nationalausschuß zur Berechnung des Index für Lebenshaltung“ beim Statistischen Institut in Rom ist am 31. Oktober 1962 schon wieder eine Zunahme des Preisindex um 1 Punkt festgestellt worden, die für das Quartal November 1962 bis Januar 1963 eine entsprechende Aufstockung der Löhne und Gehälter bewirkt, nämlich eine Mehrleistung von 46 Mrd. Lire auf der Arbeitgeberseite. Daß der seit Februar 1962 zu verzeichnende Anstieg von insgesamt 7 Punkten nicht ohne Folgen für das Verhältnis zwischen Gütermenge und Geldvolumen bleiben kann, ist selbstverständlich. Zwar ist laufend eine Produktivitätssteigerung festzustellen (bei der Industrie für 1961: +9%), die dem Geldüberhang einen Teil seiner nachteiligen Wirkung genommen

hat; sie hat jedoch nicht dazu ausgereicht, die Stabilität der Lira zu wahren.

### *Zollpolitische Maßnahmen als Ausweg*

Die Regierung Fanfani hatte anfangs das Auftreten von Inflationssymptomen gelegnet. Angesichts des immer augenfälligeren Preisanstiegs hat sie sich aber im August dieses Jahres dazu entschlossen, ihre Vogel-Strauß-Politik aufzugeben und zu handeln. Nach einem in der Bundesrepublik Deutschland bereits angewandten Rezept hat sie zum zollpolitischen Instrumentarium gegriffen: die Zolltarife für die Einfuhr aus allen Ländern wurden linear um 10% gesenkt. Hinsichtlich der EWG-Länder hat sie damit die durch die Rom-Verträge vorgesehene Zollsenkung vorweggenommen; bei den Drittländern wurde der gemeinsame EWG-Außentarif berücksichtigt, soweit erforderlich. Von der Maßnahme ausgenommen bleiben die Montan- und Euratomprodukte, Schweinefleisch, Geflügel, Getreide und andere „neuralgische Waren“.

Ob das Ziel eines Drucks auf die Inlandspreise durch preisgünstigere Importe erreicht werden wird und kann, ist Gegenstand eingehender Erörterung gewesen. Von Industrieseite ist eingewandt worden, die Teuerungerscheinungen seien vornehmlich auf die ansteigende Lohnkurve zurückzuführen. Es bleibe ferner zu bedenken, daß die Rohstoffe für die Industrieerzeugnisse sowieso zollgünstig eingeführt würden. Die Teuerungswelle sei im übrigen vom Agrarmarkt ausgegangen. Man werde also durch diese Maßnahme, die sich nicht gezielt auswirken könne, möglicherweise den Falschen treffen.

Ohne Zweifel stellt eine zollpolitische Lösung mehr einen Ausweg als einen Weg dar. Bedauerlich ist, daß die Regierung sich nicht zu einem wirksamen Einschreiten entschließt. Offenbar scheut sie die Unpopularität, die ihr aus einer deflationistisch orientierten Politik erwachsen könnte. Andererseits steht zu befürchten,

daß sie die einmal ins Rollen gebrachte Lohn-Preis-Spirale ohne tatkräftiges Handeln nicht wird aufhalten können.

In seinen Ausführungen am 30. Oktober 1962 hat der Gouverneur der Banca d'Italia, Dr. Carli, darauf hingewiesen, daß der Anstieg der Lohnkosten zwar bisher habe aufgefangen werden können; gleichzeitig ließ er aber durchblicken, es sei fraglich, ob künftig das Preissystem, die Produktivitätszunahme und andere Faktoren, wie beispielsweise der Preisrückgang auf den Rohstoffmärkten und die „Erosion“ der Unternehmerrgewinne, die Preisauftriebstendenzen zu dämpfen imstande wären.

#### *Nationalisierung und ihre Folgen*

Der Anlaß zu derartigen Überlegungen, der „Nationale Spartag“, war gut gewählt. Ist doch durch die Verstaatlichungsabsichten der Regierung hinsichtlich des Elektrizitätserzeugenden Sektors der

Börse ein schwerer Schlag zugefügt worden, der gerade die vielen Kleinaktionäre empfindlich getroffen hat.

Sollte es im übrigen tatsächlich zu dieser Nationalisierung kommen — wie zu erwarten steht —, hätte der Staat innerhalb von zehn Jahren als Rückerstattung für die enteigneten Elektrizitätsanlagen schätzungsweise 1500 Mrd. Lire auszuwerfen. Ob und wie der Markt diese Geld- und Kapital-schwemme wird „verkräften“ können, die sich nur mit beträchtlichem zeitlichem Abstand in einem Produktionszuwachs niederschlagen würde, wird sich zeigen.

Die italienische Wirtschaft steht heute am Anfang einer Entwicklung, die zu tiefer Sorge Anlaß gibt. Es steht zu hoffen, daß die Regierung auf die warnenden Worte des Gouverneurs der Nationalbank hören und eine tatkräftige anti-inflationäre Politik einschlagen wird. (G.F.-H.)

## FRANKREICH: Begrenzte Preissorgen

Wenn auch nach allgemeiner Überzeugung der französische Abwertungsgewinn von Ende 1958 durch inzwischen eingetretene Preissteigerungen ausgeglichen wurde, so bleibt die französische Wirtschaft trotzdem von ihrer weiteren internationalen Konkurrenzfähigkeit überzeugt, da in den letzten Jahren in den meisten anderen Ländern die Preise in die Höhe gingen und sich Frankreich auf diese Weise einen, wenn auch kleinen, vorläufig aber ausreichenden relativen Preisvorsprung zu bewahren vermochte.

#### *Konkurrenzfähigkeit bewahrt*

Die Bestätigung hierfür sieht man nicht nur in der Exportentwicklung, sondern auch in einem

unverändert hohen Auftragseingang aus dem Ausland. Andererseits erscheinen globale Preisvergleiche wenig zweckmäßig. Wenn man zu einer klaren Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit gelangen will, muß man die Preisentwicklung der einzelnen Warengruppen einander gegenüberstellen, was meistens nicht einfach ist, da die Industrien nicht gern Auskunft über ihre tatsächlichen Exportpreise geben.

Es wäre übrigens ein Irrtum, anzunehmen, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes die Exportpreise und die Inlandspreise bereits übereinstimmen. Dies ist lediglich für die Erzeugnisse der Montanunion der Fall, zumindest theoretisch, während alle anderen

Wirtschaftszweige die Lieferungen in die Partnerstaaten des Gemeinsamen Marktes noch als Ausfuhr im eigentlichen Sinne betrachten und hierin keine Inlandsgeschäfte sehen. Eine Änderung darf erst nach völliger Harmonisierung der Umsatzsteuer und Beseitigung der letzten Zollkontrollen erwartet werden.

Geht man von der globalen Preisstatistik ab, gelangt man für Frankreich zu der Feststellung, daß für die Teuerung die Einzelhandelspreise viel stärker verantwortlich sind als die Großhandelspreise, und die Agrarprodukte viel stärker als die Industrieerzeugnisse. Es hat wenig Sinn, hierfür Zahlen zu nennen, denn sie sind selbst als Größenordnung nur schwer verwendbar. Es genügt die allgemeine Feststellung, daß in den letzten vier Jahren der französische Exportgütersektor durch die Inflation viel weniger beeinflusst wurde als das allgemeine Preisniveau auf dem Binnenmarkt, was die Regierung zu der Behauptung berechtigt, daß Frankreich international für seine meisten Exporterzeugnisse noch über einen Preisvorsprung von 3 bis 5% verfüge und sich in dieser Beziehung für seine Exporte keine Sorgen zu machen brauche.

#### *Wahrung der relativen Stabilität*

Es ist übrigens schon lange nicht mehr das Ziel der französischen Wirtschaftssachverständigen, eine absolute Preisstabilität zu verwirklichen, sondern dafür zu sorgen, daß die französischen Preise nicht schneller in die Höhe gehen als diejenigen der Partnerstaaten des Gemeinsamen Marktes und der wichtigsten anderen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Sie glauben, in diesem Zusammenhang annehmen zu dürfen, daß sowohl in den USA wie in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu Frankreich —

...DARAUF EINEN *Dujardin*

während der letzten Jahre die Exportgüterpreise stärker in die Höhe gingen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten.

### **Ursachen der Teuerung**

Die Ursachen der französischen Teuerung seit dem Stabilisierungsexperiment von Ende 1958 sind ziemlich eindeutig bekannt. Zunächst mußten die Folgen der Abwertung verkraftet werden, wozu eine Frist von etwa 18 Monaten erforderlich war. Anschließend wirkten zwei Faktoren, eng miteinander verbunden, auf die Preise: Das Drängen der Landwirtschaft auf Anpassung ihres Lebensstandards an den allgemeinen Fortschritt und die Löhne unter Ausnutzung der angespannten Lage des Arbeitsmarktes, d. h. der Hochkonjunktur. Der Gemeinsame Markt hatte in Frankreich weder direkt noch indirekt preistreibende Auswirkungen. Im Gegenteil, er führte durch Beseitigung der Kontingente und der hiermit verbundenen Mißbräuche zu einer kräftigen Verbilligung der eingeführten Waren und auch zu einer Gesundung der allgemeinen französischen Preisverhältnisse in Industriezweigen, die bei sinkenden Zöllen verhältnismäßig schnell der europäischen Konkurrenz ausgesetzt sind.

Es gibt infolgedessen in Frankreich eine Reihe von Branchen mit absoluter Preisstabilität oder relativen Preissenkungen unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung. In diese Gruppe fallen u. a. Automobile, elektrische Haushaltsgeräte, Baumwollwaren, verschiedene Maschinen usw. Die freiere internationale Konkurrenz, übrigens ebenso wie die allgemeine Marktlage, zwangen die betreffenden Fabriken nicht nur zu einer schärferen Kalkulation auf dem Binnenmarkt, sondern auch zu beschleunigter Rationalisierung bei einer in ihrer preislichen Tragweite nicht zu unterschätzenden Konzentration.

### **Konzentration als Preisreserve**

Besonders die Konzentrationsbewegung ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. In dieser Beziehung besitzt Frankreich, selbst bei

einer allgemeinen Teuerungstendenz und bei steigenden Löhnen, noch eine beachtliche Preisreserve. Ein Musterbeispiel sind die elektrischen Haushaltskühlschränke, deren Herstellerfirmen sich zur Zeit infolge einer starken italienischen Konkurrenz in der Krise befinden, wobei eine Gesundung durchaus in Reichweite liegt, sofern die schon lange als notwendig erkannte Konzentration, nicht nur in der Herstellung der Einzelteile, sondern auch im Vertrieb auswirkt.

### **Keine offizielle Preispolitik**

Von einer offiziellen Preispolitik kann in Frankreich augenblicklich kaum die Rede sein. Die Preiskontrolle spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Regierung hat auch nicht die Absicht, die Lohnfreiheit der Privatwirtschaft in Frage zu stellen. Da sie in Erwartung der verstärkten Geburtenjahrgänge um eine expansionistische Produktionspolitik besorgt sein muß, vermag sie andererseits weder die Steuer- noch die Kredit-

schraube anzuziehen. Sie ist sich ferner der Folgen ihrer Agrarpolitik durchaus bewußt. Es geht vor allem um die Bewahrung eines bestimmten Maßes, wobei sie ihre stärksten Hoffnungen auf die Entspannung des Arbeitsmarktes, die Rationalisierung sowie die Konzentration der Betriebe und hiermit auf die preissenkenden Fortschritte der Produktivität setzt.

Die offiziellen Stellen sind der Überzeugung, daß sich die französische Wirtschaft dem Gemeinsamen Markt in doppelter Form anzupassen hat, nämlich durch Rationalisierung und durch Expansion. Für beide Prozesse benötigt sie einen flüssigen und verhältnismäßig leicht zugänglichen Kapitalmarkt. Als Hauptproblem der kommenden Jahre gilt daher weniger die Einschränkung des Kredits als seine Verbilligung. Natürlich sind die gleichen offiziellen Stellen sehr darum bestrebt, ein Höchstmaß der Expansion mit einem Mindestmaß der Preisstabilität zu verbinden. (fr.)

## **SKANDINAVIEN: Preissteigerungen noch in Grenzen**

Im Zuge der Hoch- und teilweise „Rekord“-Konjunktur der letzten drei bis vier Jahre sind Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden ebensowenig um gewisse Erhöhungen des allgemeinen Preisniveaus herumgekommen wie die Mehrzahl der meisten anderen, vor allem westeuropäischen Länder. Von Bedeutung für den Trend der Preissteigerungen ist zunächst, daß sich in der Anfangsphase dieser Hochkonjunktur das Preisniveau, verglichen mit der Steigerung des Nationalprodukts, in allen Nordländern ausgesprochen stabil entwickelte.

### **Preisaufrieb auf dem Verbrauchsgütersektor**

Ungefähr ein Jahr lang sah es so aus, als ob die Preis- und Kostenentwicklung von dem Aufschwung der Konjunktur unberührt bleiben sollte. Bewegung kam in die Preishöhe indessen, ebenso im übrigen wie auch schon

in früheren Jahren, in dem Augenblick, als von dem einen Sozialpartner neue Wünsche nach Aufbesserung der Löhne oder der Gehälter angemeldet wurden. Hieraus erklärt sich ein zweiter, bemerkenswerter Sachverhalt. Die Erhöhungen der Preise beziehen sich in den Nordländern seit einigen Jahren nahezu ausschließlich auf den Verbrauchsgütersektor, während die Preise der wichtigsten nordeuropäischen Exportprodukte wie Eisenerz, Holz und vor allem auch Holzveredelungsprodukte in Finnland, Norwegen und Schweden sowie für die Mehrzahl der Lebensmittel in Dänemark eher gedrückt liegen und zur Schwäche neigen. Dadurch wiederum ist die Preisbewegung unterschiedlich geworden. Während sich die Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus, gemessen an dem Index der Großhandelspreise, während der letzten Jahre in der Grenze von 4 bis 5 Prozent hält, beträgt sie für die Einzelhandelspreise, gemessen an

den Kennzahlen der Lebenshaltungskosten, mehr und geht in manchen Fällen bis zu 10 Prozent.

### **Kein einheitlicher Trend**

Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß von einer einheitlichen Preisentwicklung keine Rede sein kann. Innerhalb der angezogenen wichtigsten nordeuropäischen Exportprodukte sind teilweise auch Preisabschläge um bis zu 10 Prozent etwa eingetreten. Innerhalb des Konsumgüterbereichs stehen Lebensmittel an der Spitze der Preissteigerungen, richtiger gesagt der Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Auf dem wichtigen Sektor der Textilwaren sind erst in den letzten zwei Jahren die Preise um einige Prozent „angehoben“ worden, weniger als für Lebensmittel, und vor allem deshalb, weil die Textilwarenpreise bis dahin jahrelang stabil geblieben waren. Auch in dem dritten wichtigen Konsumbereich der Wohnungen, der Beheizung und so weiter haben sich die Verteuerungen in engeren Grenzen gehalten, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß in den Nordländern der Wohnungsmarkt noch einer gewissen Regulierung unterliegt.

### **Gründe für die Preissteigerung**

Die Frage nach den Gründen der Preissteigerungen in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden läßt sich summarisch nicht beantworten. Zu einem nicht meßbaren Teil sind die Preiserhöhungen indessen ganz zweifellos die Folge der Tatsache, daß in allen Nordländern in den letzten Jahren einige der wichtigen indirekten Steuern sowie auch der direkten

Steuern heraufgesetzt worden sind. In Schweden wurde vor drei Jahren und in Dänemark um die Mitte dieses Jahres eine Umsatzsteuer eingeführt, die sich zwangsläufig zum größten Teil in den Preisen der Verbrauchsgüter niedergeschlagen hat. In Finnland und Norwegen wurden im Zusammenhang mit der Liberalisierung bestimmter Waren- und Gütergruppen sogenannte Einfuhrabgaben erhoben, die die Verkaufspreise der fraglichen Produkte naturgemäß gleichfalls in die Höhe gezogen haben.

Ein zweiter, wahrscheinlich wesentlicher Faktor für die Verteuerung der Verbrauchsgüter ist in allen Nordländern naturgemäß aber auch, daß Löhne und Gehälter praktisch in einem jeden Jahre dem höheren Preisniveau angepaßt werden. Und hier ist auf einen Sachverhalt besonderer Ausrichtung hinzuweisen. Die Aufbesserungen von Löhnen und Gehältern erfolgen in den Nordländern nicht ausschließlich aus Gründen der Verteuerung der Lebenshaltung, vielmehr werden sie von den Gewerkschaften in zunehmendem Maße mit der Verbesserung der Produktivität der Wirtschaften motiviert!

Hieran hat nun in den Hochkonjunkturjahren ein Mangel nicht bestanden. Wohlverstanden: die gewerkschaftlichen Forderungen orientieren sich nicht an der Steigerung der Produktion oder des Nationalprodukts in dem üblichen Sinne, sondern an der produktiven Leistung der Arbeiter. Die „Richtigkeit“ dieser Problemstellung ist in Nordeuropa naturgemäß auch umstritten, da aber trotz der Hoch-

konjunktur sich die Preissteigerungen — bisher jedenfalls — einigmaßen in Grenzen gehalten haben, hat der andere Sozialpartner diesen Wünschen stets Rechnung getragen, wengleich fast immer nach schwierigen Verhandlungen und einer gewissen Reduktion der ursprünglichen Forderungen. In Dänemark und Norwegen vor allem dürfte sich das aber in absehbarer Zeit deshalb ändern, weil sich in diesen beiden Ländern der generelle finanzielle Status der „Zerreißgrenze“ inzwischen recht bedenklich genähert hat.

### **Schrumpfung der Gewinnmargen**

Wesentlichere Einwirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Nordländer im internationalen Geschäft dürften die höheren Preise, Lebenshaltungskosten und auch Löhne unter dem Gesichtspunkt der abgesetzten Mengen nicht gehabt haben, wohl aber ist eine erhebliche Schrumpfung der Gewinnmargen eingetreten. Schon seit langem stehen diese Zusammenhänge im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Gespräche. Dabei weichen die Auffassungen über die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zwischen den Sozialpartnern aber immer, teilweise sehr stark, voneinander ab.

An dem Beispiel der dänischen Lebensmittel wäre sehr leicht nachzuweisen, daß der relativen Verschlechterung der Ausfuhr ganz andere Faktoren zugrunde liegen als etwa zu hohe dänische Preise und Löhne. Der genau gleiche Sachverhalt liegt für zahlreiche nordeuropäische Industrien der Fertigwarenproduktion vor. Die Stapelgüterindustrien sind zudem heute derart hochautomatisiert, daß

# **VEREINSBANK IN HAMBURG**

## **ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK**

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 361 061  
37 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

sich das Gewicht der Arbeitskosten an den gesamten Produktionskosten verringert hat.

### *Gefahren der Überkapazität*

Und hieraus unter anderem dürfte es zu erklären sein, daß von den Regierungen der Nordländer Maßnahmen gegen die „Aufblähung“ der Preis- und Kostenbedingungen bislang nicht getroffen worden sind. Was jedoch

nicht ausschließt, daß von den amtlichen Stellen gerade diesem Trend die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auch in den Nordländern ist die „Maßhalte“-Parole nicht mehr nur ein geflügeltes Wort. Die wirklichen Gefahren für Nordeuropas Wirtschaft dürften von der Seite der zweifelsfrei vorhandenen Überkapazitäten mancher Industrien her drohen, die mit der Kostensituation verhältnismäßig wenig zu tun haben. (dt.)

teristische Unterschiede zwischen inlands- und exportorientierten Wirtschaftszweigen; die stärksten Lohnerhöhungen gab es im letzten Jahr in der Bekleidungs-, Bau- und Holzverarbeitenden Industrie, die geringsten in der Textilwirtschaft und Metallverarbeitung, die ebenso wie die chemische Industrie in den letzten Jahren auf der Lohnskala zurückgefallen sind. Daß die Metall- und Textilarbeiterlöhne in den letzten 12 Monaten nur um etwa 2%, also weniger als die Lebenshaltungskosten, gestiegen sind, ist zweifellos auf die weniger günstige Beschäftigungslage zurückzuführen; aber es ist doch bemerkenswert, daß die Bauindustrie, gegen die gewisse Kreditrestriktionen direkt gerichtet waren, trotzdem ihren Arbeitern größere Lohnerhöhungen zugestand. Es war also nicht die Politik der Konjunkturdämpfung, sondern der Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt, der den weiteren Lohnauftrieb hemmte.

## GROSSBRITANNIEN: Einfluß des Weltmarktes

Als Schatzkanzler Selwyn Lloyd vor einigen Monaten aus dem britischen Kabinett ausscheiden mußte, zahlte er den Preis für den politischen Mißerfolg seiner Politik der Konjunkturdämpfung. Heute ist es möglich, den Erfolg seiner Politik hinsichtlich Englands Wettbewerbsfähigkeit durch einen Preisvergleich in internationalem Maßstab zu messen.

### *Auftrieb der Großhandelspreise*

Die britischen Fertigwaren-Exportpreise sind weiter leicht angestiegen, etwa im gleichen Maße wie im Durchschnitt der anderen führenden Industrieländer. Die Großhandelspreise auf dem heimischen Markt sind ebenfalls weiter gestiegen; im ersten Halbjahr 1962 lagen sie 2% über dem Jahresdurchschnitt 1961, 4% über dem für 1960 und 6% über dem für 1959. Sie sind also etwa ebenso stark gestiegen wie in Schweden, der Bundesrepublik und der Schweiz und stärker als in Frankreich und Italien, von den Benelux-Ländern mit ihrem stabilen Preisniveau ganz zu schweigen, obwohl die Geschäftstätigkeit vorwiegend gedrosselt wurde; und man kann nicht einmal sagen, daß sie langsamer gestiegen sind als in der vorangegangenen Periode schnelleren Wirtschaftswachstums.

Trotzdem hört man von englischen Exporteuren allgemein, daß sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eher etwas leichter finden als noch vor ein oder zwei Jahren, zum Teil wohl, weil sie kürzere Lieferfristen bieten können und kontinentale Exporteure eben-

falls mit höheren Produktionskosten kalkulieren müssen.

Die Durchschnittsziffern verbergen jedoch große Unterschiede zwischen Wirtschaftszweigen, die ausschließlich für den heimischen Markt arbeiten, und solchen mit Ausfuhrinteressen. In der Bauwirtschaft lagen die Absatzpreise im Juni—August 1962 mit 122 (1954 = 100) 4 Punkte höher als im Jahresdurchschnitt 1961 und in der ebenfalls auf den Binnenmarkt eingestellten Lebensmittelindustrie mit 111,2 auch 4 Punkte höher. Dagegen waren die Verkaufserlöse der Bekleidungs-, Papier- und Holzverarbeitenden Industrie nur 1,8, 1,2 und 1,7 Punkte höher, und die Verkaufspreise der Chemie- und Textilindustrie waren sogar 1,1 und 1,6 Punkte niedriger.

Je näher ein Industriezweig dem Weltmarkt liegt und je stärker er ausländischer Konkurrenz ausgesetzt ist, desto ungünstiger war also die Preisentwicklung vom Produzentenstandpunkt gesehen. Ein Vergleich von Inlands- und Ausfuhrpreisen für die verarbeitende Industrie im allgemeinen bestätigt diesen Eindruck. Die Inlandspreise stiegen im Jahresdurchschnitt von 1960 auf 1961 um 3,0 Punkte und bis Juni—August 1962 um weitere 2,6 Punkte auf 118,6 (1954 = 100), die Exportpreise dagegen nur um je ein Prozent.

### *Lohnerhöhungen unterschiedlich*

Hauptsächlich verantwortlich für den Preisauftrieb bleibt weiterhin die steigende Tendenz der Löhne, aber auch hier zeigen sich charak-

### *Differenzierte Rohstoffkosten*

Was die Rohstoffkosten anbelangt, so beobachtet man einen Rückgang in den Industrien, die hauptsächlich Weltmarktwaren verarbeiten: in der Textilindustrie (für Juni—August 1962 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1961) um 2,2%, in der Papierindustrie um 2,1%, in der Holzverarbeitenden Industrie um 2,2% und in der unter starker internationaler Konkurrenz leidenden chemischen Industrie sogar um 2,8%. Dagegen stiegen die Rohstoffkosten in der Lebensmittelverarbeitenden Industrie um 1%, im Maschinenbau um 1,4%, in der Elektrotechnik um 1,6%, im Bekleidungs-gewerbe um 1,6% und in der Bauwirtschaft um 2,0%. Man sieht hier also eine ansteigende Skala von den mehr importierte Rohstoffe verarbeitenden zu den mehr auf heimische Rohstoffe eingestellten Industriezweigen. Auch hier ist der Rückschluß unausbleiblich, daß der wichtigste Preisfaktor in Großbritannien zur Zeit der Einfluß des Weltmarktes ist — niedrige Weltrohstoffpreise einerseits und schärfere Konkurrenz für Fertigwaren andererseits.



### **Einfluß der Konkurrenz auf dem Gemeinsamen Markt**

Etwas anders liegen die Dinge auf dem Agrarmarkt. Hier hat sich die Regierung unter dem Druck ständig steigender Subventionskosten gezwungen gesehen, einen Teil ihrer Zuschußleistungen auf den Verbraucher abzuwälzen; die Lebensmittelkleinhandelspreise lagen hauptsächlich deshalb im ersten Halbjahr 1962 bei 113,2 (1954 = 100) um 4,1 Punkte über dem Jahresdurchschnitt 1961. Hier spielte sicherlich auch die Erwägung eine Rolle, daß nach Englands Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft die Konsumpreise für Lebensmittel auf alle Fälle steigen werden.

Rücksichtnahme auf die Wettbewerbslage auf dem Gemeinsamen Markt dürfte auch ein Grund für die Senkung der Kaufsteuer auf Personenkraftwagen im letzten Budget gewesen sein. Auch die britische Exportindustrie tut vieles, um sich für den EWG-Beitritt zu wappnen. Niedrigere Gewinnspannen, die sich in kleineren Reingewinnen widerspiegeln, werden naturgemäß besonders aus Wirtschaftszweigen gemeldet, die ausländischer Konkurrenz ausgesetzt sind oder unausgenutzte Kapazitäten besitzen. Aber allgemein wird mit verschärftem Wettbewerb aus Kontinentaleuropa gerechnet, und dieser macht sich allmählich auch in stärkerem Werben um die Gunst des heimischen Konsumenten bemerkbar. (A.)

Der Zeitraum von 1951 bis Mitte 1955 wurde durch eine relative Preisstabilität charakterisiert, die jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 durch einen neuen inflationistischen Druck abgelöst wurde, der bis Anfang 1958 anhielt. In diesem Zeitraum stiegen die Konsumentenpreise um 8% und die Großhandelspreise um 8,9% an. Mehr als drei Viertel der Preiserhöhungen entfielen auf Metalle und Metallzeugnisse ebenso wie auf Maschinen und Kraftwagen. Die amerikanischen Preise nahmen in einem weitaus schnelleren Tempo zu als diejenigen vergleichbarer Waren des Auslandes. Um nur ein Beispiel zu zitieren, stellte sich das Preisniveau für Stahlerzeugnisse um nahezu 20% höher als in fünf hauptsächlich überseeischen stahlerzeugenden Ländern. In dieser Periode schrumpfte der Anteil der USA am Weltexport für Industrieerzeugnisse von 30% auf 27,5%.

### **Blick nach Übersee: Vergleich mit den USA**

Die vielfach als inflationistisch gekennzeichnete Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft der Nachkriegszeit ignoriert zwei wesentliche Faktoren: In 16 Jahren seit Beendigung des zweiten Weltkrieges — 1946/1961 — waren lediglich drei Perioden zu verzeichnen, in denen eine drastische Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise erfolgte.

#### **Drei Perioden der Preissteigerung**

Vom Kriegsende an bis zum September 1948 stand der gesteigerten Konsumentennachfrage kein genügendes Warenangebot gegenüber. Diese Welle eines unbefriedigten Käuferbedarfs löste gefährliche Preissteigerungen aus. Der Lebens-

haltungsindex erhöhte sich um 35,2%, während der Index der Großhandelspreise um 54,4% zunahm. In der nachfolgenden Recession trat eine Preisabschwächung ein.

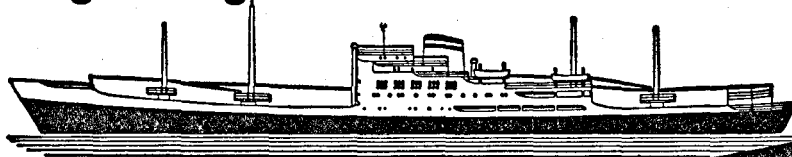
Die zweite Phase exzessiven Verbraucherbedarfs wurde durch den Korea-Krieg hervorgerufen. Vom Juni 1950 bis Februar 1951 nahmen die Konsumentenpreise um 8% und die Großhandelspreise um 16,3% zu. Diese beiden inflationistischen Perioden im amerikanischen Wirtschaftsleben seit dem zweiten Weltkrieg waren zu 70% für die Steigerungsrate der Konsumentenpreise verantwortlich und machten mehr als die Gesamterhöhung des Niveaus der Großhandelspreise aus.

#### **Stabilisierung der Großhandelspreise**

Mit dem Abklingen der inflationistischen Tendenzen um die Jahresmitte 1958 begann eine ungewöhnliche Stabilisierung der Großhandelspreise, die bis zur Gegenwart anhält. Dieses relativ gleichbleibende Preisniveau war aber auch nicht zuletzt auf die immer stärker zutage tretende Überkapazität der Industrieunternehmen und auf eine sichtbare Abschwächung der Verbrauchernachfrage zurückzuführen.

Der Index der Großhandelspreise für alle Warengruppen (1957/1959 = 100) zeigte diese Entwicklung eindeutig auf. Dieser Index, der sich im Jahresdurchschnitt 1958 auf

**Regelmäßige Liniendienste nach allen Teilen der Welt**



**HAMBURG-AMERIKA LINIE**



**HAMBURG I  
BALLINDAMM 25**

100,4 gestellt hatte, betrug im August 1962 100,5, ohne daß in der Zwischenperiode nennenswerte Veränderungen zu verzeichnen gewesen wären. In der genannten Berichtszeit verblieb die Mehrzahl der Indices stabil mit einer Preisabschwächung für Agrarerzeugnisse, Lebensmittel, Chemikalien, Kautschukprodukte und Möbel. Demgegenüber erhöhte sich der Preisindex für Textilien von 98,9 in 1958 auf 100,8 im August 1962, für Häute und Felle von 96,0 auf 107,3, für Maschinen von 100,1 auf 102,3 und für Tabak von 99,7 auf 104,2. Erstmals konnte im September 1962 gegenüber dem Vormonat ein beträchtliches Ansteigen des Generalindex der Großhandelspreise auf 101,2 festgestellt werden. Vorrangig in diesen Preisveränderungen waren Rohstoffe mit einer Zunahme von 97,2 auf 99,2 und nicht-langlebige Güter von 100,0 auf 101,2. Agrarerzeugnisse wiesen eine Preissteigerung von 97,6 auf 100,6 auf, während der Index für Lebensmittel als Gesamtgruppe von 101,5 auf 103,3 anstieg. In diesem Sektor waren Fleisch, Geflügel und Fische in erster Linie für die Preisaufschläge verantwortlich, da sich hier allein der Index von 101,0 auf 106,6 erhöhte.

Eine von Wirtschaftssachverständigen in den USA angestellte Untersuchung über vergleichende Preise und Löhne im In- und Ausland für das zweite Quartal 1961 und 1962 ergibt das nachfolgende Bild: In der der Untersuchung unterliegenden Periode erhöhten sich die Großhandelspreise im Vereinigten Königreich um 2,5%, in Frankreich um 4,8%, in der Bundesrepublik Deutschland um 1,3%, in Italien um 2,9% und in den USA um 0,2%. Gleichzeitig beliefen sich die prozentualen Lohnaufschläge im Vereinigten Königreich auf 3,1%, in Frankreich auf 7,8%, in der Bundesrepublik Deutschland auf 11,1%, in Italien auf 9,6% und in den USA auf 3,8%.

#### **Bedeutung der Stahlpreise**

Auf die vitale Bedeutung, die der Gestaltung der Stahlpreise in den USA zukommt, hatte Präsident Kennedy bereits im September 1961 hingewiesen. Die Stahlpreise, die

im Zeitraum 1952 bis 1958 mindestens einmal im Jahr, insgesamt um 50%, heraufgesetzt worden waren, blieben seit 1958 stabil. In seinem Bericht an den Präsidenten vom Januar 1962 erklärte der Wirtschaftsrat des Weißen Hauses, daß es die Politik der Regierung sei, die Preisstabilität zu fördern, um auf diese Weise die Freizügigkeit der Privatwirtschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken, nicht aber zu limitieren. Versuche, in Friedenszeiten Preise durch direkte Preis- und Lohnkontrollen oder durch eine staatliche Intervention in die Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stabilisieren, wurden als nicht akzeptabel angesehen. Diese traditionellen Richtlinien der Regierungspolitik wurden im April 1962 durchbrochen, als eine drastische Kampfansage des Präsidenten an die Stahlindustrie diese zwang, bereits angekündigte Preiserhöhungen rückgängig zu machen.

#### **Erhöhung der Lebenshaltungskosten**

Im Gegensatz zu dem Index der Großhandelspreise der USA, der sich durch seine Stetigkeit auszeichnete, war eine kontinuierliche Erhöhung des Lebenshaltungsindex festzustellen. Ausgehend von einem Preisindex von 100,7 im Jahr 1958 (1957/1959 = 100) sind diese Preise für alle Aufwendungsgruppen bis August 1962 auf 105,5 angestiegen.

Dieser Trend wurde vorwiegend durch erhöhte Kosten und stärkere Inanspruchnahme der Dienstleistungen hervorgerufen.

Nach dem in den USA zur Anwendung gebrachten Gewichtungsschema entfallen im Rahmen der gesamten Dienstleistungen rund 42% auf Wohnungsausgaben. Hierin sind Mieten, Hypothekenzahlungen und Zinsen, Grundstückssteuern und Versicherungen inbegriffen. Der Wohnungsindex zeigte eine Zunahme von 100,1 im Jahre 1958 auf 105,8 im August 1962. An zweiter Stelle in der Gewichtung stehen mit 14% ärztliche Betreuung, Krankenhausaufenthalt und andere Pflegeleistungen. In diesem Sektor stieg die Preiskurve drastisch an, und zwar von 100,1 auf 114,6. Für Freizeitaufwendungen einschließlich von Lesematerial ist der Index von 100,8 auf 110,3 angewachsen. Bei einer Beurteilung der Preisverschiebungen für Dienstleistungen, die in dem Konsumentenpreisindex eine Gewichtung von rund einem Drittel haben, blieb jedoch die Qualitätsverbesserung, vor allem bei der ärztlichen und Krankenbetreuung unberücksichtigt.

Legt man für einen Vergleichsversuch der Lebenshaltungskosten verschiedener Industrieländer die von der UNO veröffentlichten Indexstatistiken zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild:

#### **Vergleich der Lebenshaltungskosten in Industrieländern**

(Index: 1958 = 100)

Land	1959	1960	1961	Juni 1962
Belgien	101	102	103	105
Frankreich	106	110	114	119
Bundesrepublik Deutschland	101	102	105	110
Italien	100	102	104	108
Niederlande	102	103	105	109
Vereinigtes Königreich	101	102	105	111
USA	101	102	103	105

Aus einer Interpretierung der Preis- und Lohnpolitik der Kennedy-Verwaltung resultiert, daß auch in Zukunft Preisbildungen und Lohnabkommen privatwirtschaftlichen Entscheidungen unterliegen sollen. Eine Ausnahme ist vorgesehen, wenn es sich um Industrien handelt, deren Bedeutung hinsichtlich Zahl der Beschäftigten und Erzeugungskapazität über den Durchschnittsrahmen hinausgeht und den Fort-

schritt der Gesamtwirtschaft beeinflussen kann. In Fällen, in denen ein öffentliches Interesse an befriedigenden Preis- und Lohnentscheidungen vorliegt, will die USA-Regierung sich auch künftig einschalten. Dabei wird es oft schwierig sein, exakt zu definieren, wo ein öffentliches Interesse besteht. Die amerikanische Privatwirtschaft erblickt in derartigen Interventionen eine nicht wünschenswerte staatliche Lenkung. (E.B.)